

Protokoll der 15. öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 31. Januar 2007

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 17:10 Uhr
Ort: Großer Festsaal der Kreisverwaltung Bad Doberan

Anwesenheit:

Von den 53 Mitgliedern des KT waren 45 Mitglieder anwesend, 6 Mitglieder fehlten entschuldigt (Heinrich Bandlow, Werner Blume, Jörg Blotenberg, Wolf-Detlef Schulz, Birgit Schwebs, Prof. Dr. Fritz Tack,) und 2 Mitglieder fehlten unentschuldigt (Wolfgang Gulbis und Knut Wiek).
An der Sitzung nahmen ca. 40 Bürger als Gäste teil.

Zu TOP 1.:

Eröffnung der 15. Sitzung des Kreistages Bad Doberan und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Prof. Dr. Panicke begrüßte alle Kreistagsmitglieder sowie Gäste und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Danach gratulierte **der Kreistagspräsident** den Mitgliedern des Kreistages, die zwischen der 14. und 15. Sitzung Geburtstag hatten. Herr Roland Dethloff beging seinen 40. Geburtstag und erhielt einen Blumenstrauß.

Zu Beginn gab der **Kreistagspräsident** bekannt, dass die geplante Sitzung des Kreisausschusses am 07. 02. 2007 entfällt.

Er bat die Kreistagsmitglieder bei Änderungen und Ergänzungen der Wohnanschrift dies bei Frau Rozycki (Informationsbüro) zu melden, damit die Einladungen zu Sitzungen rechtzeitig erfolgen können.

Weiterhin bat **Herr Prof. Dr. Panicke** um die Einreichung der Sitzungstermine, damit der Sitzungsplan vervollständigt und den Mitgliedern des Kreistages übergeben werden kann.

Der Kreistagspräsident erinnerte an den 27.01.1945, den Tag der Befreiung des KZ Auschwitz. Alle sollten dafür Sorge tragen, dass so etwas nicht wieder passiert.

Der Kreistagspräsident ließ über die Tagesordnung abstimmen. Die Kreistagsmitglieder stimmten **einstimmig** nachfolgender Tagesordnung zu.

1. Eröffnung der 15. Sitzung des Kreistages Bad Doberan und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung des Protokolls der 14. Sitzung des Kreistages Bad Doberan vom 15.11.2006
3. Bericht des Landrates
4. Bericht des Leiters der Polizeidirektion Rostock, Herrn Knut Abramowski, zur Vorbereitung des G-8-Gipfels in Heiligendamm
5. Beschluss von überplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2006
6. Auftrags- und Leistungsübertragungen
 - a) Übertragung des Auftrages Sammlung und Transport von Restabfall Lose 1 und 2
 - b) Übertragung des Auftrages der Papiererfassung, Papierbehandlung und Verwertung im Landkreis Bad Doberan – Los 3
 - c) Leistungsübertragung – Einsammeln und Befördern der dem Landkreis Bad Doberan überlassenen Abfälle sowie Entsorgung der getrennt erfassten Fraktionen – Los 5 Schadstoffsammlung
7. Änderung des Kreistagsbeschlusses Nr. 20 – 2/2004 vom 22. 09. 2004 (Besetzung des Jugendhilfeausschusses des Landkreises Bad Doberan)
Hier: Abwahl und Wahl von Mitgliedern bzw. Stellvertretern
8. Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport

9. Beschluss Haushaltssatzung 2007

Zu TOP 2.:**Bestätigung des Protokolls der 14. Sitzung des Kreistages Bad Doberan vom 15.11.2006**

Das Protokoll der 14. Sitzung des Kreistages Bad Doberan vom 15.11.2006 wurde **mehrheitlich bestätigt**.

Zu TOP 3.:**Bericht des Landrates**

Der Bericht des Landrates liegt schriftlich im Informationsbüro vor.

Schwerpunkte:

- Wünsche zum neuen Jahr und die Hoffnung auf eine vertrauensvolle und sachliche Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den Mitgliedern des Kreistages zum Wohle der Bürger des Landkreises Bad Doberan
- Kurze Ausführungen zum bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel :
Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Innenministerium, der Hansestadt Rostock sowie den Landkreisen Güstrow und Bad Doberan, keine zusätzlichen Kosten für die Wahrnehmung der Aufgabe der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr für den G8-Gipfel, gemeinsamer Verwaltungsstab der drei Gebietskörperschaften, Hoffnung auf friedliche und demokratische Formen des Protestes, Präsentation des Kreises als offener und freundlicher Gastgeber, mit Behinderungen im Straßenverkehr ist zu rechnen, G8-Gipfel ist eine Chance für unsere Region.
- Haushalt 2007
Der HH fand bedauerlicherweise keine Zustimmung im Kreisausschuss, strittiger Punkt ist die Kreisumlage. Eine schriftliche Stellungnahme zum Haushalt durch Aufsichtsbehörde würde die Forderungen beinhalten:
 - Erhebung der Kreisumlage in Höhe von 44,34 v.H.
 - investive Bindung der Mittel gemäß Landesausführungsgesetz zum SGB II in Höhe von 40 v.H.
 - Bildung der Pflichtrücklage in Höhe von 1,48 Mio. Euro.
 Die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Gemeinden wird bis auf ganz wenige Ausnahmen vom Land durchweg positiv beurteilt. Die Behauptung, dass unsere Gemeinden sterben, wenn sie eine höhere Kreisumlage zahlen müssten ist schlichtweg falsch. Die Gemeinden haben Mittel. Der Kreis erbringt seine Leistungen für die Bürger in den Gemeinden. Es gibt die Hoffnung gemeinsam eine vernünftige Lösung zu finden, denn wir sitzen doch alle in einem Boot.
- Aufbaustab
Die Geschäftsstelle des Aufbaustabes ist seit dem 01.01.2007 durch eine Kollegin aus der Kreisverwaltung Bad Doberan besetzt.
Schwerpunkt der Arbeit: Personalübergang auf den neuen Kreis.
Arbeitsgruppen sollen eingerichtet werden.
Nächste Sitzung des Aufbaustabes findet am 19. Februar 2007 statt.
- Partnerschaften
Kurze Information zum Besuch einer vierköpfigen Delegation aus dem Kreis Selenogradsk (Kaliningrader Gebiet) in unserem Landkreis
Der Besuch einer Delegation aus Slawno ist im nächsten Monat vorgesehen.

Zu TOP 4.:**Bericht des Leiters der Polizeidirektion Rostock, Herrn Knut Abramowski, zur Vorbereitung des G-8-Gipfels in Heiligendamm**

- Herr Abramowski ist seit 13 Monaten nicht Leiter der PDI Rostock, sondern freigestellt und verantwortlich für die Planung hinsichtlich des polizeilichen Einsatzes zum Schutz des G8-Gipfels.

Schwerpunkte:

- Sitz des Planungsstabes: Waldeck bei Dummerstorf

- Planungsstab besteht aus 130 Mitarbeitern, die versuchen die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten.
- Einsatzauftrag der Besonderen Aufbauorganisation „Kavala“ = Name der Organisationseinheit
- BAO „Kavala“ hat Zentralauftrag im Bereich der öffentlichen Sicherheit, der nicht allein gewährleistet werden kann
- Zusammenarbeit mit Bundeskriminalamt, Bundespolizei, mit Trägern der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr, mit ausländischen Sicherheitskräften
- Zentralaufgabe der BAO „Kavala“
 1. Wahrnehmung der Sicherheit der Staatsgäste, Teilnehmer und Begleitpersonen in der Großregion Rostock (Großregion = Hansestadt Rostock und die beiden Kreise Güstrow und Bad Doberan)
 2. Störungsfreier Ablauf des Gipfeltreffens
 3. Verhinderung und Abwehr von Angriffen (Terrorbekämpfung) zu Luft, zu Wasser und im Bereich des Landes sind nicht alltägliche Aufgaben.

Lagestellung für die Polizei zum gegenwärtigen Zeitpunkt:

Es gibt:

- . angemeldete Versammlungen
- . breite Anti-G8-Mobilisierungen (Polizei geht von Blockaden aus, Polizei steht Camps positiv gegenüber und sieht durch Camps keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
- . aber auch Straftaten in Hamburg, Berlin, Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben sich abgezeichnet, in Bezug auf den G8-Gipfel sind 40 Straftaten, davon 15 Brandanschläge, vor allem gegen Sachen, in erster Linie vor allem gegen Kfz von Repräsentanten und Symbolfiguren zu verzeichnen (Farbbeutelanschlag gegen das Haus unseres Ministerpräsidenten reiht sich in dies Szenarium ein)

Welche größeren Aktionen sind zu erwarten?

- 02.06. – 10.06.2007 mehrere angemeldete Großdemos in Rostock
- 02.06. 2007 vermutlich der Hauptaktionstag in Rostock
- 02.06. – 10.06.2007 Jugend-G8-Gipfel (Junior-G8-Gipfel) in Wismar
- 07.06. 2007 Sternmarsch (bis 30.000 Teilnehmer lt. Anmeldung), der in Heiligendamm enden soll
- Grönemeyer-Konzert auf dem IGA-Gelände in Rostock
- Aufzug der NPD in Schwerin

Camps:

Camp – in Bützow – angemeldet für ca. 15.000 Personen (im Rahmen der Selbstversorgung)

Blockaden:

Die Bestrebungen den Gipfel durch Blockaden auf Zufahrtsstraßen nach Heiligendamm zu erschweren, werden ihre Wirkung auf die gesamte Region entfalten. Starke Belastungen des Verkehrsraumes durch Gipfelgegner, aber auch der Dienstkraftfahrzeuge der Polizei selbst werden den Verkehrsraum enorm belasten. Neben den originären Aufgaben hat die Polizei auch die Aufgabe Hotels zu schützen, großflächig polizeiliche Kontrollmaßnahmen durchzuführen, in Heiligendamm präsent zu sein. Der Bau der technischen Sperre (Zaun) um Heiligendamm wurde von BAO forciert. Zaun hat die Aufgabe, terroristische Angriffe auf das Areal und schwerst Gewaltbereite abzuhalten, im Einzelgang oder in Gruppen, sich dem Areal des Kempinski-Hotel zu nähern, er richtet sich nicht gegen die Demonstranten. Polizei verteidigt nicht einen Zaun, sondern hat den Auftrag um den Zaun herum, vor und hinter dem Zaun Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Seeseitig wird jeglicher Schiffsverkehr untersagt, das seeseitige Sperrgebiet errichtet und geschützt. Auch ein Luftbeschränkungsgebiet wird eingerichtet und jeglicher Flugverkehr untersagt. Der Flughafen Laage stellt einen neuralgischen Punkt dar, weil auch dort mit Blockaden gerechnet werden muss. Die Polizei wird sich mit entsprechenden Maßnahmen darauf einstellen.

Die Öffentlichkeitsarbeit ist der BAO „Kavala“ ein großes Bedürfnis. Bereits im September 2006 wurde eine erste Bürgerversammlung in Heiligendamm durchgeführt. Die Heiligendammer wurden darüber informiert, dass sie als Heiligendammer oder sonstiger Berechtigter, z. B. Zulieferer, mit erheblichen Einschränkungen und verstärkten Kontrollen zu rechnen haben. Bürgerversammlungen sind auch in Rethwisch, Kühlungsborn, Bad Doberan, Wittenbeck, Steffenshagen und Vorder-Bollhagen geplant.

Die BAO wird bei der schwierigen Aufgabe mit den Gebietskörperschaften und der Bevölkerung zusammenarbeiten, um so nicht nur die gesetzliche, sondern auch eine moralische Legitimation zu haben.

Herr Abramowski versicherte, dass die Besondere Aufbauorganisation „Kavala“ gemeinsam mit ihren Sicherheitspartnern den gesetzlichen Auftrag, Staatsgäste auf einer Veranstaltung der Bundesrepublik Deutschlands vor terroristischen Angriffen zu schützen und ihnen eine bequeme und von Sicherheit getragene Atmosphäre zu schaffen, wahrnehmen wird.

Herr Dr. Kischel empfand es als gut zu hören, dass Herr Abramowski keine Gefährdung durch die Camps sieht und der Gipfelkritik positiv gegenübersteht, soweit sie friedlich ist. Die Fraktion Die Linke.PDS hatte den Eindruck, dass es jetzt schon etwas anders aussieht. Er wies auf einen Vorfall am Zaun in Heiligendamm am letzten Donnerstag (25.01.07) hin.

Herr Abramowski stellte erneut heraus, dass er die Camps positiv sieht und dies auch der Leitgedanke ist, den seine Organisation durchdringt. Camps muss man aber auch sehr differenziert betrachten. Nicht überall im Bereich sind Camps aus Sicht der Polizei immer geeignet, wünschenswert oder so gefährlich, dass man sie nicht dulden kann. Eine Option, die sich die Polizei offen hält.

Herr Abramowski hob nochmals hervor, dass er seit 13 Monaten nicht mehr Leiter der Polizeidirektion Rostock, sondern mit der Planung der Einsatzmaßnahmen beschäftigt ist und dies nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fällt.

Unabhängig davon gab er einige Erläuterungen zu polizeilichen Maßnahmen. Für den Bereich der technischen Sperre sowie bevorzugte Objekte der Ortslage Heiligendamm sind sog. polizeiliche Schutzmaßnahmen angeordnet worden. Dort wo polizeiliche Schutzmaßnahmen angeordnet sind, ist es auch möglich, verdachtsunabhängige Personenkontrollen durchzuführen. (Feststellen der Identität). Was sich dort im Einzelfall ereignet hat, vermag Herr Abramowski nicht zu beurteilen. Wenn die Betroffenen sich in ihren bürgerlichen Rechten stark eingeschränkt gefühlt haben, werden sie auch die entsprechenden Schritte rechtlicher Art vorgetragen haben. Dass hat Herr Abramowski im Einzelfall nicht geprüft, weil er dafür keine Zuständigkeit hat.

Zu TOP 5.:

Beschluss von überplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2006

Zu TOP 5 A.:

Beschluss von überplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2006 für die Leistungen Behinderter in Werkstätten

Beschluss-Nr. 140 – 15/2007

Der Kreistag beschließt überplanmäßige Ausgaben für Leistungen Behinderter in Werkstätten bei der Haushaltsstelle 4125.7300 in Höhe von 65.000,00 EUR für das Haushaltsjahr 2006.

Der Beschluss wurde **mehrheitlich** gefasst

Zu 5 B.:

Beschluss von überplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2006 für heilpädagogische Leistungen von Kindern

Beschluss-Nr. 141– 15/2007

Der Kreistag beschließt überplanmäßige Ausgaben für heilpädagogische Leistungen von Kindern bei der Haushaltsstelle 4128.7301 in Höhe von 182.000,00 EUR für das Haushaltsjahr 2006.

Der Beschluss wurde **einstimmig** gefasst.

Zu 5 C.:

Beschluss von überplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2006 für Leistungen der ambulanten Frühförderung

Beschluss-Nr. 142 - 15/2007

Der Kreistag beschließt überplanmäßige Ausgaben für Leistungen der ambulanten Frühförderung bei der Haushaltsstelle 4129.7302 in Höhe von 62.300,00 EUR für das Haushaltsjahr 2006.

Der Beschluss wurde **mehrheitlich** gefasst

Zu 5 D.:

Beschluss von überplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2006 für die Hilfen zur Gesundheit

Beschluss-Nr. 143 - 15/2007

Der Kreistag beschließt überplanmäßige Ausgaben für Hilfen zur Gesundheit bei der Haushaltsstelle 4130.7300 in Höhe von 132.000,00 EUR für das Haushaltsjahr 2006.

Der Beschluss wurde **einstimmig** gefasst.

Zu 5 E.:

Beschluss von überplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2006 für die Leistungen der Grundsicherung – außerhalb von Einrichtungen

Beschluss-Nr. 144 - 15/2007

Der Kreistag beschließt überplanmäßige Ausgaben für Leistungen der Grundsicherung – außerhalb von Einrichtungen - bei der Haushaltsstelle 4150.7810 in Höhe von 136.000,00 EUR für das Haushaltsjahr 2006.

Der Beschluss wurde **einstimmig** gefasst.

Zu 5 F.:

Beschluss von überplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2006 für die Leistungen der Grundsicherung – innerhalb von Einrichtungen

Beschluss-Nr. 145 - 15/2007

Der Kreistag beschließt überplanmäßige Ausgaben für Leistungen der Grundsicherung – innerhalb von Einrichtungen - bei der Haushaltsstelle 4150.7820 in Höhe von 93.300,00 EUR für das Haushaltsjahr 2006.

Der Beschluss wurde **einstimmig** gefasst.

Zu TOP 6 – Auftrags- und Leistungsübertragungen

Herr Dr. Kraatz erläuterte die Beschlussvorlagen 6 A – 6 C. Er teilte mit, dass die Satzung weiterhin gültig bleibt und es sich hierbei um die Abtretung von Verträgen bzw. Leistungsübertragungen handelt.

Vorlage 6 A: Die Abtretung der Verträge gemäß Lose 1 und 2 erfolgt aus kartellrechtlichen Gründen.

Vorlage 6 B: Die Abtretung des Vertrages gemäß Los 3 erfolgt aus betriebsinternen Gründen.

Vorlage 6 C: Die ALBA Magdeburg GmbH will die Schadstoffsammlung an die Nehlsen GmbH & Co. KG übertragen.

Herr Hünecke stellte die Frage nach vergaberechtlichen Konsequenzen.

Herr Dr. Kraatz informierte, dass durch Nehlsen ein Vergabenachprüfverfahren angestrebt wurde, dieses dann aber zurückgezogen hat, so dass das Vergabeverfahren beendet ist.

Zu 6 A:

Abtretung der Verträge Sammlung und Transport von Restabfall Lose 1 und 2

Beschluss-Nr. 146 - 15/2007

Der Kreistag beschließt, der Abtretung der Verträge gemäß Lose 1 und 2 (Sammlung und Transport von Restabfall) von der ALBA Magdeburg GmbH an die Nehlsen GmbH & Co. KG zuzustimmen.

Der Beschluss wurde **mehrheitlich** gefasst.

Zu 6 B:

Abtretung des Auftrages der Papierfassung, Papierbehandlung und Verwertung im Landkreis Bad Doberan – Los 3

Beschluss-Nr. 147 - 15/2007

Der Kreistag beschließt, der Abtretung des Vertrages gemäß Los 3 (Papierfassung, Papierbehandlung und Verwertung) von der SULO Nord-Ost GmbH an die ALBA Magdeburg GmbH zuzustimmen.

Der Beschluss wurde **mehrheitlich** gefasst.

Zu 6 C:

Leistungsübertragung Einsammeln und Befördern der dem Landkreis Bad Doberan überlassenen Abfälle sowie Entsorgung der getrennt erfassten Fraktionen – Los 5 Schadstoffsammlung

Beschluss-Nr. 148 - 15/2007

Der Kreistag beschließt, der Übertragung der Leistung gemäß Los 5 (Schadstoffsammlung von der ALBA Magdeburg GmbH an die Nehlsen GmbH & Co. KG zuzustimmen.

Der Beschluss wurde **mehrheitlich** gefasst.

16:05 – 16:15 Uhr - Bürgerfragestunde

Zur Bürgerfragestunde wurde die Kreistagssitzung durch den **Kreistagspräsidenten** unterbrochen.

Herr Friedemann aus Heiligendamm stellte folgende Fragen:

1. Mit welchen Auflagen bezogen auf Denkmalschutz ist der Abriss der Perlen erlaubt worden und sind bei diesen Auflagen irgendwelche Termine festgelegt ?
2. Klären Sie mich bitte auf, den Stein zu verschieben !

Herr Dr. Kraatz

Zu den Abrissgenehmigungen der 3 Villen aus der so genannten Perlenkette

- 3 der 7 Villen haben eine Abrissgenehmigung bekommen

Hintergrund:

- Die Denkmalpflegebehörde des Landkreises hat mit der Denkmalpflegebehörde des Landes, der oberen Behörde, und unter Einschaltung der obersten Behörde die Denkmalwürdigkeit dieser Gebäude aberkannt.
- Sie haben festgestellt, dass die Denkmaleigenschaften nicht vorhanden sind, vor allem auf Grund der schlechten baulichen Substanz und der Verluste an denkmalwürdigen Bestandteilen, die durch zahlreiche Umbaumaßnahmen erfolgt sind.
- Die Gebäude waren auf Grund dieser Tatsache keine Denkmale mehr. Die Abrissgenehmigungen waren zu erteilen.
- Es erfolgt ohne Auflagen (aus dem Gedächtnis heraus) – wenn sich weitere Aspekte ergeben, wird Herr Friedemann schriftlich durch Herrn Dr. Kraatz informiert.
- Es gibt keine Auflage, diese Gebäude innerhalb einer bestimmten Frist wieder aufzubauen, aber es gibt einen Bebauungsplan der Stadt Bad Doberan, was an diesen Stellen alles möglich ist.

Der Landrat informierte darüber, dass an den Landrat des Landkreises offiziell kein Ansinnen herangetragen wurde, obwohl er auch nicht zuständig gewesen wäre, den Stein in Heiligendamm von seinem angestammten Platz zu entfernen.

Die Zuständigkeit liegt eher bei der Stadtverordnetenversammlung von Bad Doberan, die den Flächennutzungs- und Bebauungsplan für dieses Gebiet hat und auch das Areal auf dem der Stein liegt, in städtischem Besitz ist und festgeschrieben ist, dass die Stadtverordnetenversammlung entscheidet, ob der Stein verrückt wird, zeitlich verrückt wird oder nicht.

Herr Peter, Amt Warnow Ost

hatte eine Frage zur Verteilung der Mittel Jugendarbeit für 10- bis 26-Jährige.

Könnte man nicht die Mittel im Sinne der Investpauschale (Infrastrukturpauschale) verteilen, um damit eine Verwaltungsvereinfachung zu erzielen und nicht wie angetragen über Einzelprojekte, über amtsbezogene Vereinsantragstellungen?

Der Kreistagspräsident ließ darüber abstimmen, ob dem Leiter des Jugendamtes Rederecht erteilt wird.

Die Kreistagsmitglieder stimmten dafür.

Herr Johannsen antwortete: „Ob dieser Weg, den Sie vorgeschlagen haben möglich ist, weiß ich nicht. Gegenwärtig ist es so, dass wir diese Mittel amtsbezogen, nach einem neuen Verfahren zu beschließen, noch im Jugendhilfeausschuss austeilten wollen, auch nach Einwohnerzahlen. So dass die dortigen Träger und wenn die Träger es nicht ermöglichen, eben die dortigen Gemeinden über diese Mittel verfügen. Ein Einstellen in die Investpauschale muss geprüft werden, inwieweit das machbar ist. Es bedarf dann auf jeden Fall noch einem Prozedere über den Jugendhilfeausschuss usw.“

Der Landrat teilte Herrn Peter mit, dass er nach einer nochmaligen Prüfung in der Kreisverwaltung und einem Gespräch im Jugendhilfeausschuss eine Antwort erhält.

Zu TOP 7.:

Aenderung des Kreistagsbeschlusses Nr. 20 – 2/2004 vom 22.09.2004 (Besetzung des Jugendhilfeausschusses des Landkreises Bad Doberan) Hier: Abwahl und Wahl von Mitgliedern bzw. Stellvertretern

Durch das Ausscheiden von Frau Meinke und Herrn Hörnig aus dem Jugendhilfeausschuss waren Abberufungen und Nachwahlen im Jugendhilfeausschuss erforderlich.

Die Besetzung des Ausschusses erfolgte nach dem Verhältniswahlrecht durch die Fraktionen bzw. durch die Träger. Die entsprechende Fraktion und die Trägerversammlung hatten ihre Vorschläge unterbreitet.

Da auch nach jeweiliger Nachfrage kein Antrag auf geheime Wahl vorlag, wurde offen gewählt. **Der Kreistagspräsident** ließ einzeln abstimmen.

Die Kandidaten waren mit Ausnahme von Frau Fourmont (entschuldigt) alle anwesend.

- 7 a) Abberufung von Frau Dr. Heidrun Anders als ordentliches Mitglied aus dem Jugendhilfeausschuss
Von 53 Kreistagsmitgliedern stimmten 44 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltungen
- 7 b) Wahl von Frau Carola Griesberg als ordentliches Mitglied in den Jugendhilfeausschuss
Von 53 Kreistagsmitgliedern stimmten 44 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltungen
- 7 c) Wahl von Frau Karin Fourmont als Stellvertreterin für Carola Griesberg in den Jugendhilfeausschuss
Von 53 Kreistagsmitgliedern stimmten 44 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltungen
- 7 d) Abberufung von Frau Viola Haefke als stellvertretendes Mitglied aus dem Jugendhilfeausschuss
Von 53 Kreistagsmitgliedern stimmten 44 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltungen
- 7 e) Wahl von Frau Viola Haefke als Mitglied in den Jugendhilfeausschuss
Von 53 Kreistagsmitgliedern stimmten 43 dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung
- 7 f) Wahl von Herrn Uwe Neumann als stellvertretendes Mitglied für Frau Viola Haefke
Von 53 Kreistagsmitgliedern stimmten 44 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltungen.

Beschluss-Nr. 149– 15/2007

Der Kreistag beschließt:

1. **Frau Dr. Heidrun Anders (Die Linke.PDS)** wird aus dem Jugendhilfeausschuss als ordentliches Mitglied abberufen.
2. **Frau Carola Griesberg (Die Linke.PDS)** wird als ordentliches Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.
3. **Frau Karin Fourmont (Die Linke.PDS)** wird als Stellvertreterin für Carola Griesberg in den Jugendhilfeausschuss gewählt.
4. **Frau Viola Haefke (Volkssolidarität)** wird als stellvertretendes Mitglied aus dem Jugendhilfeausschuss abberufen.
5. **Frau Viola Haefke (Volkssolidarität)** wird als Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.
6. **Herr Uwe Neumann (Kreissportbund)** wird als stellvertretendes Mitglied für Frau Viola Haefke in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Der Kreistagspräsident gratulierte allen Gewählten und wünschte ihnen alles Gute für die Arbeit im Jugendhilfeausschuss.

Zu TOP 8:

Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport

Durch das Ausscheiden von Frau Meinke aus dem Ausschuss für Schule, Kultur und Sport machte sich eine Nachwahl erforderlich.

Da kein Antrag auf geheime Wahl gestellt wurde, erfolgte die Wahl offen. Von der Fraktion Die Linke.PDS wurde Frau Dr. Heidrun Anders vorgeschlagen.

Beschluss-Nr. 150– 15/2007

Frau Dr. Heidrun Anders (Die Linke.PDS) wird in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport gewählt.

Der Beschluss wurde **einstimmig** gefasst.

Der Kreistagspräsident bat Frau Rozycki, den Kreistagsmitgliedern bei der nächsten Sitzung die Aufstellung der Ausschüsse zu übergeben.

Zu TOP 9

Beschluss Haushaltssatzung 2007

Der Kreistagspräsident gab den Kreistagsmitgliedern nochmals bekannt, dass der Haushalt 2007 von der Kreisverwaltung vorgelegt, vom Kreisausschuss abgelehnt wurde und jetzt zur Diskussion freigegeben ist.

Herr Gerth brachte den Haushalt 2007 ein und gab einige Erläuterungen.

Schwerpunkte:

- Über den Haushalt 2007 ist mit unterschiedlichem Motivationshintergrund gesprochen worden.
- Herr Gerth bringt einen ausgeglichenen, nach der reinen Lehre des Gemeindehaushaltsrechts aber schwierig genehmigungsfähigen Haushalt 2007, gegen erhebliche Bedenken des Landrates, ein.
- Haushaltssatzung sieht hingerechnet ganz solide aus – ausgeglichener Haushalt ist mit einer Kreisumlage von 42 Prozent der Umlagegrundlage zu schaffen.
- Haushalt 2007 „verstößt“, das hört sich böswillig an, besser „überschneidet“ negativ mit Sollvorschriften in den Gesetzen zur Haushaltsaufstellung und den Vorstellungen derjenigen, die den Haushalt genehmigen müssen.
- Einstellung von 32,7 % investivem Anteil bei ausgeglichenem Verwaltungshaushalt, nicht wie vorgeschrieben 40 %.
- Landkreisen wurde empfohlen, zusätzliche Kreisumlage von 3 % „rücklagebildend“ und „schuldenreduzierend“ einzusetzen, Landkreis Bad Doberan bildet aber keine Rücklagen in diesem Haushalt.
- Landkreis Bad Doberan müsste nach den Wünschen der Genehmigungsbehörde eine Kreisumlage von 45,33 % erheben.
- 1,4 Mio. Euro stehen für wirklich freiwillige Aufgaben zur Verfügung.
- 42 % = Kompromissbeschluss des Haushalts- und Finanzausschusses.

- Haushalt muss nicht grundsätzlich abgelehnt werden – wir sind aber an einer bestimmten Grenze angelangt.
- Langfristige Leistungsfähigkeit der Gemeinden wurde betrachtet.
- Werden für eine an Einsparungen orientierten Verwaltungsarbeit sorgen.
- Kreisverwaltung blickt optimistisch und guter Hoffnung in die Zukunft und hofft auf Genehmigung des Haushaltes 2007.

Die Diskussionbeiträge liegen schriftlich im Informationsbüro vor.

Herr Dr. Schmidt äußerte sich im Namen der SPD-Fraktion.

Schwerpunkte:

- Landkreis Bad Doberan zeichnet sich seit der Wende durch Anstieg der Bevölkerung, durch Anstieg von Unternehmen, die im Kreis tätig sind, durch einen Rückgang der Arbeitslosigkeit und eine recht entwickelte Infrastruktur aus. Analysen und Studien sagen dem Landkreis gute Entwicklungschancen in Verbindung mit der Region voraus. Deshalb kommt es darauf an, diese Entwicklung durch die Diskussion zum Haushalt und vielleicht dessen Beschluss zu unterstützen.
- Ist dieser Kompromiss (42 % Kreisumlage) eine gerechte Lösung in der Verteilung der Mittel zwischen Gemeinden und Kreis? – Antwort: eine relativ gerechte Verteilung, natürlich im Durchschnitt
- Diskussion darüber, dass man sich ja leicht weiter verschulden und damit den Gemeinden weniger Geld abnehmen könnte – aber Herr Gerth hatte darauf hingewiesen, dass die rechtlichen Regelungen im Haushalt ein bescheideneres Verschulden verlangen.
- Kreisumlage von 42 % bedeutet, dass den Gemeinden 3,1 Mio. Euro bleiben – damit sind sie im Durchschnitt nicht schlecht gestellt
- Bis auf eine Gemeinde im Landkreis Bad Doberan sind die Gemeinden langfristig weitgehend leistungsfähig (Auffassung des Innenministeriums und Herrn Gerths)
- Frage: Spart denn die Verwaltung, insbesondere in der Kernverwaltung? (Einsparung von Lohnkosten in Höhe von 430.000 Euro, verschwinden aber wieder, weil wir Lohnzuwächse laut Tarif haben. Statistik vom Frühjahr 2006, wo ein Vergleich zu den Personalausgaben der Kernverwaltung gemacht wird, ist unser Kreis mit 130,5 Euro je Einwohner je Aufwand an Lohnkosten verankert, der nächste Kreis hat 135 Euro (600.000 Euro) mehr. Wie viel ist dann noch an Personal- und Sachkosten kürzbar?
- Bei Nichtzustandekommen eines Beschlusses zum Haushalt 2007 ist der Landrat verpflichtet, eine vorläufige Haushaltsführung anzuweisen und es dürfen nur noch Dinge bedient werden, die vertraglich gebunden oder echt pflichtiger Natur sind. Die 1,4 Mio. Euro freiwilliger Leistungen können nicht ausgegeben und keine neuen Verträge wie z. B. Sanierung von Gebäuden (Schulen) oder die Reparatur von Straßen angeschoben werden.
- Verweigerung des Haushaltes 2007 richtet sich gegen die Bürger, gegen die Unternehmen, Einrichtungen und Vereine, weil sie dann über Wochen nicht handlungsfähig sind.
- SPD-Fraktion wird dem Haushaltsentwurf 2007 seine Zustimmung geben.

Herr Zöllig informierte die Kreistagsmitglieder darüber, wie das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen wird.

Schwerpunkte:

- „Zwei Seelen schlagen, ach in meiner Brust!“
- Knackpunkt ist wieder einmal die Höhe der Kreisumlage (Erhöhung von 30,5 auf 42 % stellt einen gewaltigen Sprung dar)
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürchten, dass so manche Gemeinde bei Fortführung der Tendenz (kontinuierlich steigende Kreisumlage, abnehmende Mittel aus dem Solidarpakt II und dem EU-Fördertopf) in ihrer gegenwärtigen Struktur bald nicht mehr existenzfähig sein wird.
- Kreistagsmitglieder müssen nicht nur die Interessen der Gemeinden, sondern auch die des Landkreises vertreten, und der benötigt einen ausgeglichenen Haushalt.
- Was können wir tun? (Senkung der Kreisumlage und auf einen genehmigungsfähigen Haushalt hoffen, weitere Einsparmöglichkeiten, insbesondere Personalkosten – beides wird nicht gelingen, da im Hinblick auf die bevorstehende Kreisgebietsreform personelle Entscheidungen bereits gemeinsam mit den anderen Gebietskörperschaften getroffen werden.)
- Es kommt darauf an einen Haushalt zu beschließen, der einerseits genehmigungsfähig ist und andererseits die Existenz der Gemeinden nicht zerstört.
- 42 % Kreisumlage sind nach Meinung der Grünen im Kreistag gerade noch so möglich, deshalb empfehlen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Haushaltsentwurf zuzustimmen.

- Herr Zöllig bedankte sich gleichzeitig bei den zuständigen Mitarbeitern der Verwaltung für ihre solide Arbeit am Haushaltsplan 2007.

Herr Hünecke brachte nochmals die Meinungen aus Sicht der FDP-Fraktion zum Ausdruck.

Schwerpunkte:

- Haushaltserlass 2007 bildet die Rechtsgrundlage und daran müssen wir uns messen lassen, unabhängig davon, was der eine gerne meint oder möchte und wie weit man diesen Haushaltserlass vielleicht interpretieren kann.
- Folgt gern seinem Vorredner, der bereits treffend zusammengefasst hat: Man kann nur einfach abwägen. Man kann sagen, gut wir legen einen genehmigungsfähigen Haushalt vor und das scheint bei 42 % so zu sein unter Abwägung aller Vor- und Nachteile und dann haben wir relativ schnell einen genehmigten Haushalt. Wir greifen zwar den Gemeinden dafür etwas mehr in die Tasche, als uns allen lieb ist, aber wir haben dann eine Handlungsfähigkeit oder wir pokern noch ein bisschen und schützen die Gemeinden. Wenn es aber nicht klappt, dann reden wir vielleicht im Februar, März oder April über den gleichen Sachverhalt und werden uns doch zu einem Ergebnis durchringen, dass diesem sehr nahe liegt.
- Schlussfolgerung: 42 % hält die FDP-Fraktion für realistisch und wird auch dafür stimmen.

Herr Dr. Kischel gab ausführlich die Meinung der Fraktion Die Linke.PDS wieder.

Schwerpunkte:

Herr Dr. Kischel wies darauf hin, dass das Sparbemühen der Verwaltung im Haushalt 2007 nicht zu übersehen sei, aber in verschiedenen Einzelplänen im Vergleich zu 2006 höhere Ausgaben in den Haushalt eingestellt worden sind. Er hob vor allem die höheren Ausgaben im Bereich der öffentlichen Sicherheit, der sozialen Sicherung und die höheren Planausgaben in der Allgemeinen Verwaltung sowie höhere Ausgaben für Gesundheit, Sport und Erholung hervor.

Ein Haushaltsproblem sieht die Fraktion Die Linke.PDS im Einzelplan der öffentlichen Sicherheit im Unterabschnitt Katastrophenschutz für Maßnahmen im Rahmen des G8-Gipfels. Der Fraktion erscheint die Einnahme vom Land hierfür nicht sehr sicher.

In 6 der 9 Einzelpläne des Verwaltungshaushaltes werden insgesamt 3.361.300 Euro mehr angesetzt als 2006, aber die Ausgaben steigen jedoch nur um 779.000 Euro. Er stellte die Frage, wo im Vergleich zu 2006 Ausgaben gesenkt wurden und nannte anschließend die entsprechenden Einzelpläne.

Der größte Ausgabenrückgang ist im Einzelplan 7 mit 2.212.300 Euro festzustellen, er ist das Ergebnis der jüngsten Ausschreibung des Landkreises zur Abfallbeseitigung.

Für die Bürger sicherlich erfreulich, aber nicht vor dem Hintergrund betrachtet, dass dies vorrangig durch Personalabbau und Lohnminderung der dort Beschäftigten geschieht und nicht durch verbesserte Organisation und Logistik.

Die Fraktion Die Linke.PDS ist der Auffassung, dass die ständig zunehmende Belastung des Landkreises durch steigende Sozialausgaben, im Ergebnis langjährig verfehlter Bundespolitik, nicht weiter demutsvoll hinzunehmen ist. Sie ist es letztlich auch, die zum fortgesetzten Anstieg der Kreisumlage führt. (Von 2006 zu 2007 Steigerung der Kreisumlage auf 126 % = Größte Sprung von einem zum anderen Jahr in der bisherigen Geschichte der Kreisumlage in unserem Landkreis)

Gemeinden brauchen die zu erwartenden steigenden Einnahmen bei Steuern und Landeszuweisungen:

- um den Reparatur- und Investitionsstau an Straßen und Gebäude zu beseitigen.
- um den Rückgang im Baugewerbe an der wirtschaftlichen Kreisstruktur aufzuhalten.
- Um die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Fraktion ist für einen Umlagesatz von 40 % unter Betrachtung der Finanzierungsvorschläge, die Herr Hinz auf der letzten Kreisausschusssitzung gegeben hat.

Fraktion schätzt ein, dass der objektive Bezug, dass die Kreisumlage auch im Zusammenhang mit der Erfüllung der freiwilligen Aufgaben steht, nicht mehr besteht.

Kreisumlage soll um 26 % steigen, freiwillige Aufgaben sollen um 8 % sinken.

Das bestehende Defizit im Haushaltsplan soll durch die Kreisumlage gedeckt werden. Die Fraktion Die Linke.PDS ist der Auffassung, dass mit der Kreisumlage eher Bundesaufgaben gelöst werden und die Höhe der Kreisumlage nicht angemessen ist.

Fraktion Die Linke.PDS gibt dem Haushaltsentwurf 2007 nicht ihre Zustimmung.

Herr Hinz äußerte sich im Namen der CDU-Fraktion zum vorliegenden Haushaltsentwurf 2007.

Herr Hinz schätzte ein, dass die Wirtschaftsdaten gut sind, alle mehr Geld zu verteilen haben, dieses aber nicht auszureichen scheint, um die Aufgaben zu bewältigen.

Er wies auf die qualitativen Veränderungen hin, die aus der Statistik (von der Kämmerei erhalten) zu entnehmen sind.

Bei Betrachtung der Haushalte von 1995 bis 2004 schwanken die Verwaltungshaushalte zwischen 63 und 83 Mio Euro. Finanziert wurde alles im Wesentlichen aus 3 Quellen. (FAG, eigene Entgelte, Kreisumlage) Diese drei Quellen haben 70 % der Ausgaben gedeckt und waren stabil. Dann kam Sozialgesetzbuch II. Bei Betrachtung der Haushalte 2005 – 2007 springt der Haushalt um 20, jetzt 26 Mio. Euro und die Finanzierung ändert sich. Die Last geht mehr in Richtung Kreisumlage, aber für Aufgaben, die der Staat dem Kreis übertragen hat und für die er eigentlich die Finanzierung übernehmen wollte.

Herr Hinz äußerte, dass die erhöhte Kreisumlage von einem Großteil der Kommunen getragen werden könnte. Aber die Kreisumlagegröße wirkt unterschiedlich und es gibt auch Kommunen die Schulden haben. Er verwies auf die Steuerkraftmesszahl.

Von den 10,7 Mio. Euro, die der Kreis und die Gemeinden erhalten, sollen 7,7 Mio. Euro beim Kreis und 3,6 Mio. bei den Kommunen verbleiben. (72 zu 28 %).

CDU-Fraktion ist bei den Diskussionen zum Haushaltsplan davon ausgegangen, dass sich der Kreis und die Kommunen den Vermögens- und Geldzuwachs zur Hälfte teilen.

Die CDU wird dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2007 nicht zustimmen, weil die Abwägung zwischen den Finanzbelastungen nicht ausreichend erfolgt ist.

Herr Hinz sprach sich nicht für weitere Reduzierungen aus, sondern die CDU möchte nach außen wirken und nur das einfordern, was ihnen (dem Kreis und den Kommunen) zugesagt wurde, vielleicht ist dann genügend Geld vorhanden, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu bekommen.

Herr Hinz erklärte nochmals die Bereitschaft der CDU, einen ausgeglichenen Haushalt herstellen zu wollen und setzte ein aktives Tätigwerden auf beiden Seiten (CDU und Verwaltung) in Vorbereitung auf den Kreistag am 28.02. 2007 voraus.

Der Kreistagspräsident ließ über den Haushaltsentwurf 2007 mit einer Kreisumlage von 42 % abstimmen.

Von 53 Kreistagsmitgliedern, davon waren 45 anwesend, stimmten 15 dafür, 29 dagegen und 1 Kreistagsmitglied enthielt sich der Stimme.

Somit wurde der vorliegende Haushaltsentwurf 2007 nicht beschlossen.

17:10 Uhr – Ende der Kreistagssitzung.

.....
Prof. Dr. Lothar Panicke
Kreistagspräsident

.....
Hannelore Rozycki
Protokollführerin